



**Erläuterungen  
zum**

**Haushaltsplanentwurf  
für das  
Haushaltsjahr 2007**

Vorlage Nr. 0015/06/16.WP

Anrede...

in der heutigen, der konstituierenden Sitzung haben Sie mit 47 Punkten eine äußerst umfangreiche Tagesordnung abzuarbeiten, die nicht nur viel Zeit, sondern auch Sie in besonderem Maße in Anspruch nehmen wird.

Einerseits gilt es, hierauf Rücksicht zu nehmen, andererseits ist aber auch der Haushalt nicht völlig 'selbstredend' und zugleich zu bedeutend, als dass man ihn quasi im Vorübergehen kommentarlos oder allenfalls mit den besten Empfehlungen in die Hand drücken könnte.

Was Sie jetzt hören werden ist insoweit der Versuch, so kurz wie möglich zu reden und dabei so viel wie nötig (über den Haushaltsentwurf 2007) zu sagen.

**Zunächst zum Verwaltungshaushalt:**

Der weist im Entwurf Einnahmen und Ausgaben in Höhe von jeweils 50.283.600 € aus und ist damit ausgeglichen.

Dies ist seit dem Haushaltsjahr 2003 der erste ausgeglichene (Verwaltungs-) Haushaltsentwurf und insbesondere insoweit erfreulich, als noch bis zum Beginn dieses Jahres kumulierende Vorjahresfehlbeträge und regelmäßige strukturelle Defizite in eine ausweglose Situation zu führen schienen.

Ein 'Blick zurück' macht dies deutlich:

2003 konnte zwar - wie erwähnt - ein ausgeglichener Entwurf vorgelegt werden, der letztlich beschlossene Haushalt wies dann jedoch einen Fehlbedarf von 2.746.300 € aus. Laut Rechnungsergebnis schloss das Jahr schließlich mit einem Fehlbetrag von (nur) 540.306 € ab.

2004 wurde der Haushalt mit einem Fehlbedarf von 3.029.100 € verabschiedet. In der Rechnung konnte er auf 1.068.210 € zurückgeführt werden.

2005 klaffte im Haushalt eine Lücke von insgesamt 3.447.500 € (540.400 € Fehlbetrag aus 2003 und ein strukturelles Defizit von 2.907.100 €).

Der Haushalt des lfd. Jahres weist einen Fehlbedarf von insgesamt 4.867.300 € aus. Hierin enthalten sind der Fehlbetrag aus dem Jahr 2004 mit den erwähnten 1.068.210 €, ein strukturelles Defizit von 2,349 Mio. € sowie 1,45 Mio. € als Teilbetrag des lt. Haushaltsplan 2005 in der genannten Höhe zu erwartenden negativen Rechnungsergebnisses.

Allerdings gab es auch schon recht frühzeitig im Jahr Entwicklungen, die erkennen bzw. hoffen ließen, dass der für unsere Verhältnisse gigantische Fehlbetrag merklich abschmelzen wird.

So wies die Ihnen im April d. J. präsentierte Jahresrechnung 2005 (bei einem Planergebnis von 3.447.500 €) 'lediglich' einen tatsächlichen Fehlbetrag von 456.571 € aus. Angesichts der bereits veranschlagten 1,45 Mio. € bedeutete dies im lfd. Jahr eine reale ‚Minderausgabe‘ von rd. 993.400 €.

Darüber hinaus konnten wir, wenn auch später als manch andere Kommune, bei den Gewerbesteuerereinnahmen einen bemerkenswerten Anstieg verzeichnen. Ich habe hierüber regelmäßig im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen berichtet. Derzeit liegen wir rd. 3,2 Mio. € über dem gebildeten Ansatz. Nach Abzug der zwangsläufig ebenfalls gestiegenen Umlageverpflichtung (Gewerbesteuerumlage) bedeutet dies eine Netto-Mehreinnahme von rd. 2,6 Mio. €.

Schließlich hat das Einkommensteueraufkommen eine ungeahnte Dynamik entwickelt, die uns im lfd. Jahr zusätzliche Einnahmen von rd. 672 T€ bescheren wird.

Allein diese drei genannten ‚Planabweichungen‘ ergeben eine Ergebnisverbesserung von rd. 4.265.400 €.

Ich sage dies, weil es unter Berücksichtigung dessen und der sich in weiteren Bereichen abzeichnenden Minderausgaben (Personalkosten, Kosten für Heimunterbringung, etc.) nach dem augenblicklichen Stand möglich ist, dass wir in 2006 zumindest ein ausgeglichenes Ergebnis erreichen werden und es folglich möglich bzw. vertretbar war, im vorliegenden Etatentwurf keinen Fehlbetrag aus Vorjahren (aus 2006) zu veranschlagen.

Im Allgemeinen löst es Bedauern oder (Selbst-)Mitleid aus, wenn jemand „bei Null anfangen“ muss - wir mussten bzw. konnten es bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs und haben durchaus keinen Anlass, darüber traurig oder enttäuscht zu sein.

Im **Vermögenshaushalt** ergeben die Einnahmen und Ausgaben jeweils einen Gesamtbetrag von 5.653.200 €. Mittel für die Umschuldung von Darlehen, bei denen die Zinsbindung ausläuft, brauchten im vorliegenden Entwurf nicht veranschlagt zu werden. Bereinigt um den im lfd. Jahr hierfür in Einnahme und Ausgabe mit je 46.100 € ausgewiesenen Ansatz, liegt das Volumen des Vermögenshaushalts 2007 lediglich 6.200 € oder 0,1 % über dem des Vorjahres.

Es gab Zeiten bzw. Jahre, da erreichte der Vermögenshaushalt ein Volumen von nahezu 16 Mio. € ! (2001).

Dies lässt schon erkennen, dass wir im kommenden Jahr unsere Investitionstätigkeit finanziell nicht merklich steigern werden, geschweige denn, den entstandenen Investitionsstau wirksam angehen können.

In dem vorliegenden Entwurf sind für den Erwerb von Grundstücken und von Sachen des Anlagevermögens, für Baumaßnahmen und für Investitionsförderungsmaßnahmen insgesamt 5.208.200 €, d. h. 10.300 € oder 0,2 % mehr als in diesem Haushaltsjahr, veranschlagt.

Der **Gesamthaushalt** weist Einnahmen und Ausgaben in Höhe von jeweils 55.936.800 € aus. Bei den Einnahmen ist dies gegenüber dem Plan 2006 eine Steigerung um 9,9 % und bei den Ausgaben um 0,3 %.

Auf die wesentlichen Gründe für den signifikanten Anstieg der Einnahmen werde ich im Nachfolgenden noch zu sprechen kommen.

Der vorliegende (ausgeglichene) Entwurf, meine Damen und Herren, ist kein in Zahlen gegossener Wunschzettel - auch nicht in Teilen. Die Ansätze sind durchgängig seriös ermittelt, d. h. errechnet, sorgfältig geschätzt und auf der Basis vertretbarer Annahmen bzw. unter Berücksichtigung der vom MI auf der Grundlage der Empfehlungen des Finanzplanungsrates mit Erlass vom 24.07.2006 bekannt gegebenen Orientierungsdaten kalkuliert worden.

Aber: er ist insgesamt 'eng gestrickt' und zusätzlichen Belastungen kaum gewachsen und er beinhaltet – dies muss auch deutlich gesagt werden – einzelne durchaus nicht risikofreie Positionen.

Eine von ihnen ist - man kann sagen "wie immer" - die im wahrsten Sinne des Wortes 'unberechenbare' **Gewerbesteuer**. An diesem Punkt kann der Haushalt unvermittelt in Schiefelage geraten, er kann aber auch, wie wir in diesem Jahr erleben, von der 'schiefen Bahn' gezogen werden.

Unter Berücksichtigung der Sollstellungen für das laufende Jahr (6,924 Mio. €) und der hierin enthaltenen einmaligen Zahlungen sind die Gesamteinnahmen aus der Gewerbesteuer im vorliegenden Entwurf in einer für realistisch erachteten Höhe von 5,45 Mio. € ausgewiesen worden.

Die **Gewerbesteuerumlage** musste auf der Grundlage der angenommenen Brutto-Einnahme und des unverändert geltenden Umlagesatzes (Vervielfältigers) mit rd. 1.008.300 € veranschlagt werden.

Die für die Verteilung des **Gemeindeanteils an der Einkommensteuer** maßgeblichen Schlüsselzahlen sind zu Beginn dieses Jahres neu festgesetzt worden. Nach einer anhaltend rückläufigen Entwicklung ist das Gesamtaufkommen aus dieser Steuerart erfreulicherweise wieder spürbar bzw. soweit gestiegen, dass wir trotz der für Burgdorf herabgesetzten (und bis zum Jahr 2008 geltenden) Schlüsselzahl 2006 insgesamt rd. 8,464 Mio. € überwiesen bekommen. Der Orientierungsdatenerlass weist für 2007 eine Steigerung (gegenüber dem Vorjahr) um 2,7 % aus. Unter Berücksichtigung dessen konnte in dem vorliegenden Entwurf für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ein Ansatz in Höhe von 8,692 Mio. € gebildet werden. Bei unveränderter Schlüsselzahl hätten wir rd. 239 T€ mehr bekommen. Ein Blick auf die zurückliegend aus dieser Steuer erhaltenen Anteile zeigt, dass wir mit diesem Ansatz gerade einmal wieder das Niveau von 2003 erreichen. Von unserem besten, d. h. dem Ergebnis des Jahres 1995 mit rd. 10,45 Mio. €, sind wir noch weit entfernt.

Da die Steuerquellen wie zu hören und zu lesen kräftig sprudeln und auch die führenden Wirtschaftsinstitute in ihrem jüngst präsentierten Herbstgutachten den Aufschwung 'robuster als erwartet' einstufen, ist es durchaus denkbar, dass es die in den nächsten Tagen zu erwartenden Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzung erlauben werden, den Ansatz noch etwas 'hoch zu fahren'.

Risikobehaftet ist auch stets die **Regionsumlage**. Allerdings besteht bei dieser Position im Gegensatz zur Gewerbesteuer - wenn auch nur in begrenztem Umfang - die Möglichkeit (über die örtlichen Regionsabgeordneten oder auch die HVB-Runde) Einfluss zu nehmen oder zumindest geltend zu machen. Bei der Kalkulation des hierfür zu bildenden Ansatzes sind wir von unveränderten Hebesätzen ausgegangen, so dass sich unter Berücksichtigung unserer (um rd. 1,7 Mio. € bzw. 12,9 % gestiegenen) Steuerkraft sowie der erwarteten Schlüsselzuweisungen eine Zahlungsverpflichtung von 9.754.600 € ergibt. Gegenüber dem Ansatz des lfd. Jahres ist dies ein um 908.800 € bzw. 10,3 % höherer Betrag.

Nach dem Orientierungsdatenerlass sollen die Mittel aus dem Landesfinanzausgleich, die **Schlüsselzuweisungen**, im Jahr 2007 um 9,7 % steigen. Hierbei ist jedoch die Steuerverbundabrechnung 2006 noch nicht berücksichtigt, die nach der Mai-Steuerschätzung eine für die Kommunen positive Abrechnung von 39 Mio. € ergäbe.

Die vorläufigen Grundbeträge werden voraussichtlich in diesem Monat bekannt gegeben. In dem Ihnen vorliegenden schriftlichen Entwurf sind wir von einem um 9,4 % höheren Grundbetrag und im Übrigen von der aktuellen Steuerkraft ausgegangen. Auf dieser Basis wurden 4.223.100 € (87,7 %) im Verwaltungs- und 592.300 € (12,3 %) im Vermögenshaushalt veranschlagt.

Trotz der erwähnten angenommenen Grundbetragssteigerung sind dies im Verwaltungshaushalt 5.200 € und im Vermögenshaushalt 700 € weniger als im Haushalt 2006. Die Gründe liegen in der bereits erwähnten höheren Steuerkraft (u. a. als Auswirkung der beträchtlichen Gewerbesteuereinnahmen) und in der von 30.213 auf 30.073 zurückgegangenen Einwohnerzahl (amtliche Zahlen vom 30.06.2005 und 31.12.2005). Maßgeblich ist die Einwohnerzahl vom 30.06.2006; bleibt zu hoffen, dass diese nicht noch weiter zurückgegangen sein wird.

Bei dem **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** ist auf der Basis der Mai-Steuerschätzung ein Ansatz von 495.800 € gebildet worden (2006: 437.600 €). Auch hier könnten die neuen Schätzungen im November noch zu Korrekturen führen.

Bei den **Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises** werden wir 2007 voraussichtlich 701 T€ und damit 22.800 € weniger als in diesem Jahr erwarten können. Wie bei den Schlüsselzuweisungen wirkt sich auch bei dieser Position der Rückgang der Einwohnerzahl aus.

Die Ansätze für **Vergnügungs-** und **Hundesteuern** mussten jeweils etwas zurück genommen werden.

Auf der Basis unveränderter Hebesätze konnten bei der **Grundsteuer A** Einnahmen in Höhe von 131.700 € (+ 4.400 € gegenüber 2006) und bei der **Grundsteuer B** Einnahmen in Höhe von 4.105.500 € (+ 14.500 € gegenüber 2006) veranschlagt werden.

Der **Unterabschnitt 90000**, in dem Sie die zuvor angesprochenen Positionen wiederfinden, weist insgesamt einen Überschuss von rd. 13,352 Mio. € aus. Das sind rd. 1,541 Mio. € mehr als im diesjährigen Haushaltsplan veranschlagt. - Allerdings wird das Rechnungsergebnis 2006 insbesondere wegen der gestiegenen Gewerbesteuererinnahmen und des höheren Einkommensteueranteils voraussichtlich deutlich besser als geplant ausfallen, so dass sich zum lfd. Jahr tatsächlich eine weit geringere, wenn nicht sogar negative Differenz ergeben wird.

Lassen Sie uns kurz einen Blick auf die bedeutendsten Kostenblöcke werfen, die u. a. aus diesem Überschuss finanziert werden müssen.

Den größten Block bilden die **Personalkosten**. Sie sind in dem vorliegenden Entwurf mit insgesamt 13,532 Mio. € veranschlagt; gegenüber dem Gesamtansatz des lfd. Jahres bedeutet dies eine Verringerung um 63.300 € bzw. 0,47 %.

Bei der Kalkulation des Bedarfs sind die den tariflich Beschäftigten nach dem Tarifabschluss zustehenden und die den Beamten zum Ende des nächsten Jahres in Aussicht gestellten Einmalzahlungen berücksichtigt worden. Ebenfalls enthalten sind die erstmalig im Jahr 2007 den tariflich Beschäftigten (gem. § 18 TVöD) zu gewährenden sog. Leistungsentgelte (Leistungsprämien und -zulagen; Erfolgsprämien). Sie müssen nach einem in Zusammenarbeit mit der Personalvertretung noch zu entwickelnden Beurteilungssystem in Höhe von insgesamt 1 % der ständigen Monatsentgelte des Vorjahres ausgeschüttet werden; einschließlich der bei der Auszahlung anfallenden Sozialversicherungs- und Zusatzversicherungsbeiträge schlagen sie mit zusätzlich 94.200 € zu Buche.

Die einzelnen Veränderungen des **Stellenplanentwurfs 2007** gegenüber dem Vorjahresplan sind in der hierzu erstellten Vorlage, die Sie heute erhalten werden, beschrieben und jeweils begründet. Ich will deshalb an dieser Stelle hierauf nicht im Einzelnen eingehen und mich stattdessen auf den Hinweis beschränken, dass auch die sich aus dem Stellenplanentwurf ergebenden finanziellen Auswirkungen bei der Kalkulation des Gesamtansatzes berücksichtigt worden sind.

Bereits im letzten Jahr habe ich bei dieser Gelegenheit zu bedenken gegeben, dass in der für das Personal veranschlagten Gesamtsumme die Kosten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter enthalten sind, die im Rahmen der Umsetzung von Hartz IV der ARGE zugewiesen wurden. Für sie erhält die Stadt eine vertraglich festgelegte Kostenerstattung; 2007 werden dies 306.400 € sein.

In diesem Jahr nun hat die Stadt die Wirtschaftsbetriebe Burgdorf GmbH (WBB) gegründet und das Hallen-/Freibad Burgdorf sowie das Waldbad in diese Gesellschaft überführt. Bei dem gewählten Konstrukt ist das in diesen Einrichtungen beschäftigte Personal nicht auf die WBB übergeleitet worden, sondern es wird per Gestellungsvertrag überlassen. Dies hat zur Folge, dass die Stadt zwar nach wie vor die Gehälter zahlen und die hierfür erforderlichen Mittel im Haushalt veranschlagen muss, sie aber nunmehr in vollem Umfang erstattet bekommt.

Dies macht deutlich, dass es Sinn macht bzw. erforderlich ist, bei den Personalkosten nicht nur auf den Gesamtkostenansatz, sondern auch auf die Erstattungen bzw. den Saldo zu schauen.

Für den Betrieb und die Unterhaltung der eigenen und die Förderung der **Kindertagesstätten** freier Träger sowie von Kinderkrippen und -spielkreisen müssen im kommenden Jahr nach dem vorliegenden Entwurf Ausgaben in Höhe von insgesamt 3.669.900 € geleistet werden. Hinzu kommen die im Vermögenshaushalt ausgewiesenen investiven Maßnahmen, die wegen des im nächsten Jahr am Kindergarten Raml.-Ehlershausen zu errichtenden Anbaus einen nicht unbedeutenden Umfang haben. Den Ausgaben im Verwaltungshaushalt stehen Einnahmen von 1.487.200 € gegenüber, so dass sich ein Zuschussbedarf von 2.182.700 € ergibt. Im Vergleich zum lfd. Jahr ist dies ein Anstieg um

rd. 0,6 %. Der JHA wird in der nächsten Woche über einen Ausbau der pädagogischen Arbeit in den Kindertagesstätten beraten. Die dabei im Raum stehenden zusätzlichen Kosten in Höhe von 60.000 € sind im vorliegenden Entwurf noch nicht berücksichtigt.

Für die als Schulträger sicherzustellende Sachausstattung der **Schulen**, sowie die zu zahlenden Gastschulgelder müssen wir im nächsten Jahr netto, d. h. nach Abzug der Einnahmen, 2.450.100 € aufbringen; 130.900 € bzw. 4,7 % mehr als 2006. Daneben fließen 2007 wiederum auch aus dem Vermögenshaushalt erhebliche Mittel in unsere Schulen; insbesondere für umfangreiche Sanierungs- und Brandschutzmaßnahmen insgesamt 1.076.100 €, davon allein 702.100 € ins Gymnasium.

Obwohl wir nach Wegfall der sog. 'Einstiegshilfe' von der Region für unser **Jugendamt** ein um 56 T€ reduziertes Budget (1.313.585 €) erhalten werden, wird der von der Stadt für diese wichtige Einrichtung zu finanzierende Eigenanteil im nächsten Jahr nach den Planzahlen mit insgesamt 458.700 € rd. 51 T€ (10 %) geringer ausfallen. Das liegt im Wesentlichen daran, dass wir bei den Ausgaben für 'Hilfe durch Unterbringung in Heimen u. a. Wohnformen' den 'Sicherheitszuschlag' geringer bemessen bzw. veranschlagt haben. In der Vergangenheit ist es zwar regelmäßig gelungen, kostspielige Heimunterbringungen in Grenzen zu halten; wir wissen aber auch, dass allein ein paar zusätzliche Fälle die Ausgaben drastisch ansteigen lassen können.

Unsere Gebäude und Einrichtungen werden künftig nahezu vollständig zentral, d. h. durch die eigens hierfür eingerichtete Gebäudewirtschaftsabteilung bewirtschaftet und baulich unterhalten. Im vorliegenden Entwurf musste deshalb eine Vielzahl von Verrechnungshaushaltstellen eingerichtet werden. Allein die Kosten für die **Bewirtschaftung** summieren sich auf einen Betrag von 2.727.100 €. Gegenüber dem lfd. Jahr ist dies, obwohl die Bäder ausgegliedert worden sind, ein Anstieg um 41.300 € bzw. 1,5 %. Zum einen macht sich hier - wie in nahezu allen Bereichen - die anstehende 3 %-ige Mehrwertsteuererhöhung bemerkbar, zum anderen gehen auch die Energiepreissteigerungen nicht 'spurlos' an unserem Haushalt vorüber.

In den Bewirtschaftungskosten von rd. 2,727 Mio. € sind allein für die **Straßenbeleuchtung** Stromkosten in Höhe von 326.500 € enthalten. Strombezug, Betrieb, Wartung und Erneuerung der Straßenbeleuchtungsanlagen sind in diesem Jahr europaweit ausgeschrieben worden. Es liegen bereits indikative Angebote vor, die derzeit verhandelt werden. Die Ergebnisse werden Ende des Jahres erwartet und können damit noch in den zu verabschiedenden Haushalt einfließen.

Für die **bauliche Unterhaltung** der Gebäude sind insgesamt 494.400 € 'eingeplant'. Die für unsere Straßen, Wege und Plätze eingestellten Mittel (981.900 €) hinzugerechnet, werden im nächsten Jahr insgesamt 1.476.300 € in die bauliche Unterhaltung fließen; 137.100 € bzw. 21,7 % weniger als in diesem Jahr.

Im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen waren wir bisher nicht gezwungen - selbst nicht in diesem Jahr - in größerem Umfang **Kassenkredite** zur Liquiditätssicherung aufzunehmen. Wir hoffen, dass sich dies im nächsten Jahr fortsetzen und der im Entwurf auf 15 T€ reduzierte Ansatz für Kassenkreditzinsen ausreichen bzw. weitestgehend unangetastet bleiben wird.

Mit insgesamt 1 Mio. € müssen wir unsere zur (Mit-)Finanzierung von Investitionen aufgenommenen Darlehen bedienen. Davon entfallen 555 T€ auf Zinszahlungen, 445 T€ sind Tilgungsleistungen. In dieser Höhe musste - und konnte auch nur - eine **Zuführung zum Vermögenshaushalt** veranschlagt werden.

Auf den, Anrede..., will ich jetzt kurz eingehen.

Allein das eingangs genannte Volumen (5.653.200 €) lässt schon erkennen, dass aus der langen und immer länger werdenden Liste der notwendigen, wirtschaftlich sinnvollen oder auch nur wünschenswerten Maßnahmen wiederum nur ein relativ kleiner Auszug im Vermögenshaushalt abgebildet werden konnte.

Hierzu zählen u. a.:

Der **Ankauf von unbebauten Grundstücken** mit 1,22 Mio. € .

Die **Fahrbahnsanierung der Gartenstraße** mit 300 T€.

Für Beschaffung eines **Feuerwehrfahrzeuges** (Ortswehr Ramlingen) sind im diesjährigen Haushalt 60 T€ bereitgestellt und weitere 115 T€ als Verpflichtungsermächtigung ausgewiesen worden. Die VE muss jetzt in einen Ansatz ‚umgewandelt‘ werden.

Damit die Lichter dort nicht aus, sondern weiterhin auf- bzw. angehen, müssen 391 T€ in die Sanierung der Elektroanlagen und der Beleuchtung im **Gymnasium** investiert werden. Weitere 202 T€ sind für Brandschutzmaßnahmen veranschlagt.

Der **Erweiterungsbau KiTa Ehlershausen** schlägt mit 181 T€ zu Buche. Hinzu kommen 12 T€ für die Ausstattung.

Für die **Beton- und Fenstersanierung des Betriebsgebäudes der Kläranlage** und die **Betonsanierung der Klärtechnik** sind insgesamt 274.900 € in den Entwurf eingestellt worden.

Damit das Abwasser zur Kläranlage fließen kann, müssen insgesamt 215 T€ ins Kanalnetz fließen (**Kanalnetz Stadt 110 T€ u. Kanal Hülptingsen V 105 T€**).

In den **barrierefreien Umbau der Bushaltestellen** sollen 160 T€ investiert werden.

Wie wurden bzw. werden die geplanten Investitionen im vorliegenden Entwurf finanziert?

Da ist zunächst einmal der aus den Schlüsselzuweisungen in Höhe von 12,3 % in den Vermögenshaushalt einzustellende **Investitionsanteil** - 592.300 €.

Aus der **allgemeinen Rücklage** sollen 1,045 Mio. € entnommen werden. Das bedeutet zugleich, dass am Ende des nächsten Jahres außer dem gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtbestand nur noch ein kleiner 5-stelliger Betrag in unserem 'Sparstrumpf' stecken wird.

Beim **Grundstückshaushalt** sind - wie gerade gezeigt - Ausgaben in Höhe von 1,22 Mio. € vorgesehen. Die erwarteten und veranschlagten Einnahmen betragen 1,6 Mio. €, so dass sich ein positiver Saldo von 380 T€ ergibt.

An **Beiträgen** werden rd. 788 T€ in unsere Kasse fließen.

Hinzu kommen noch einzelne **Zuweisungen für Investitionen** (z. Bsp. für KiTa-Anbau Ehlershausen 54 T€, aus Feuerschutzsteuermitteln 48 T€, GVFG- Mittel für Umbau barrierefreie Bushaltestellen 89 T€).

Um die danach noch verbliebene Deckungslücke schließen, d. h. den Vermögenshaushalt ausgleichen zu können, musste eine **Kreditaufnahme** in Höhe von 971.500 € veranschlagt werden, die nach Abzug der Tilgungsleistungen in Höhe von 445 T€ zu einer Nettoneuverschuldung von 526.500 € führen wird.

Am Ende des nächsten Jahres werden wir einen **Schuldenstand** von rd. 13.502.200 € und damit eine Pro-Kopf-Verschuldung von rd. 449 € erreichen.

Von Konfuzius soll das geflügelte Wort stammen "Der Weg ist das Ziel". Das trifft nicht ganz, denn unser Ziel ist nicht der Weg, sondern die Straße, die Umgehungsstraße. Der Weg dahin ist zeitlich überschaubar geworden, muss aber in den nächsten Jahren durch die Bereitstellung nicht unerheblicher Mittel für 'flankierende Maßnahmen' frei gemacht werden.

Einzelne davon, Sie haben es gehört, sind bereits in dem vorliegenden Entwurf für das nächste Jahr veranschlagt (Fahrbahnsanierung Gartenstraße, Umbau barrierefreie Bushaltestellen, Osttangente / B 188n, einschl. Planung, aber auch Abwasserleitung B 188n).

Daneben sind für die Osttangente / B 188n, einschl. Planung, **Verpflichtungsermächtigungen** in Höhe von 840 T€ ausgewiesen.

Diese und die weiteren Verpflichtungsermächtigungen für

▪ Brandschutzmaßnahmen Gymnasium	154.100 €
▪ Sanierung Elektroanlagen u. Beleuchtung Gymnasium	292.000 €
▪ Geh- / Radweg Verlängerung Schillerslager Straße	18.000 €
▪ Ankauf von unbebauten Grundstücken	1.440.000 €

ergeben einen Gesamtbetrag von 2.744.100 €.

Zusätzliche Maßnahmen bzw. Projekte können wir uns momentan nicht leisten, denn sie würden zwangsläufig zu einem höheren Kreditbedarf, d. h. einer höheren Verschuldung führen - aber auch Schulden, meine Damen und Herren, muss man sich leisten können.

-----

Mit dem Haushaltsentwurf werden Sie heute - wie gewohnt und vom Gesetzgeber vorgeschrieben - das **Investitionsprogramm** und die **Finanzplanung** erhalten. Beide Papiere beziehen sich auf den Planungszeitraum 2006 bis 2010.

Im **Investitionsprogramm** sind die im Planungszeitraum vorgesehenen Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen ausgewiesen. Abweichend von der bisherigen Darstellungsform haben wir in der vorliegenden Version zusätzlich die bei einzelnen Positionen zu erwartenden Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge, o.ä.) beziffert. Insgesamt musste natürlich auch beim Investitionsprogramm das Gesamtvolumen stark beschränkt werden, weil wir selbstverständlich nicht nur die Maßnahmen / Projekte auflisten, sondern in der Finanzplanung dann auch ihre Finanzierung darstellen müssen. Insoweit sind nur die finanzierbaren Maßnahmen 'vorgesehen'.

Das ist zugleich auch die Begründung dafür, dass so manch wünschenswertes Projekt, insbesondere

- die **Zusammenlegung des Bau- und des Gärtnerbauhofes** an einem neuen Standort und / oder
- das **Gewerbegebiet Nordwest**

- wiederum - nicht berücksichtigt werden konnte(n).

Wie jedes Jahr an dieser Stelle, sei aber auch jetzt noch einmal daran erinnert, dass das Investitionsprogramm jährlich fortzuschreiben und insoweit die derzeitige zeitliche Einordnung bzw. Nichtberücksichtigung einzelner Vorhaben nicht auf Jahre verbindlich festgeschrieben, sondern durchaus veränderbar ist.

Die **Finanzplanung** wird in der Vorlage Nr. 0016/06/16.WP ausführlich erläutert. Sie werden beim Lesen auf zwei wesentliche und zugleich erfreuliche Ergebnisse stoßen:

- die Verwaltungshaushalte sind von 2007 an bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums ausgeglichen und
- der Schuldenstand wird sich bei schwankendem Verlauf am Ende des Finanzplanungszeitraums gegenüber dem Stand 31.12.2006 nicht erhöht haben (Netto-neuverschuldung Null).

-----

Da der vorliegende Entwurf des Verwaltungshaushalts über die Pflichtzuführung hinaus keinen Beitrag zur (Mit-)Finanzierung des Vermögenshaushalts leistet, ist er ohne Frage durchaus noch 'konsolidierungsbedürftig'. Da er aber ausgeglichen ist, erwächst aus ihm keine rechtliche Verpflichtung, ein **'Haushaltskonsolidierungskonzept'** aufzustellen bzw. das bereits bestehende (erneut) fort zu schreiben.

Ich hoffe, dies wird am Tage der Beschlussfassung auch noch so sein.

Damit, meine Damen und Herren, ist das aus meiner Sicht Nötigste gesagt und der Haushaltsentwurf 2007 wie es so schön heißt 'eingebracht'. Nun ist es an Ihnen und natürlich an der Verwaltung, sich engagiert in die anstehenden Beratungen ein- und diese nach Möglichkeit so rechtzeitig zum Abschluss zu bringen, dass der Haushalt in der Dezember-Ratssitzung verabschiedet werden kann.

Jetzt aber können - oder besser gesagt müssen - Sie zunächst einmal wieder zur (umfangreichen) Tagesordnung übergehen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.